



Stichtag: **17. JUNI 1963**

Mehrere Tausend Hamburger Schülerinnen und Schüler umstellen zum Tag der deutschen Einheit am späten Abend die Binnenalster mit Fackeln.

»Der 17. Juni soll kein Feiertag sein.«

Politische Mobilisierung, Einstellungswandel und Protestformen unter Hamburger Oberschülern

»Hamburg gedachte gestern der Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht. Höhepunkt aller Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit war am späten Abend die Schweigedemonstration der Schuljugend. 5.000 Fackeln leuchteten rund um die Binnenalster.« Mit diesen Worten leitete das *Hamburger Abendblatt* am 18. Juni 1963 seine bebilderte Berichterstattung über die Feiertagsaktivitäten in der Hansestadt ein.¹ Ein Foto des Stadtzentrums bildete den eindrucksvollen Blickfang: im Vordergrund brennende Fackeln, im Hintergrund schien der Turm des Rathauses auf. Zwei Jahre zuvor hatten Schülerinnen und Schüler den Feiertag erstmals auf diese Weise begangen. Für die nächtlichen Aktivitäten waren mehrere Tausend junge Leute nötig, die sich ohne Weiteres vom Hamburger Schülerparlament (HSP) mobilisieren ließen. Die späte Uhrzeit der Veranstaltung, sie begann um 22 Uhr, ihre hohe Suggestivkraft und die große Aufmerksamkeit, die die Presse dem Ereignis widmete, machten diese Form des Gedenkens besonders attraktiv. Ab 1961 etablierte sich die Beleuchtung der Alster oder anderer innenstädtischer Räume mit brennenden Fackeln und wurde in Hamburg alljährlich als generalstabsmäßig geplantes und minutiös inszeniertes Großunternehmen durchgeführt. Daran beteiligten sich neben der Schulbehörde und dem HSP maßgeblich die Polizei, die Wasserschutzpolizei,

¹ Tag der großen Besinnung. Am 17. Juni bekundeten Millionen den Willen zur Einheit, in: *Hamburger Abendblatt (HA)*, 19.6.1961, S. 5.

die Feuerwehr, die Stadtreinigung, das Rote Kreuz, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft mit Rettungsschwimmern und etliche andere Teilnehmer, darunter ein 120-köpfiger studentischer Ordnungsdienst. Denn es mussten Straßen gesperrt, Busse umgeleitet, eine Tankstelle für Alsterschiffe weiträumig abgesperrt und nicht zuletzt aufgeregte Schülerinnen und Schüler koordiniert und in der Dunkelheit sicher aufgestellt werden. Die Vorbereitung der Aktion nahm ungleich mehr Zeit in Anspruch als die eigentliche Veranstaltung. Die nämlich dauerte weniger als 20 Minuten. Zuvor hatte die Wasserschutzpolizei nach und nach das gesamte Ufer und eine eigens eingerichtete Schwimmbücke, auf der ebenfalls Fackelträger positioniert worden waren, mit einem Scheinwerfer abgeleuchtet und die jungen Leute mit dramatischem Effekt zum Entzünden der Fackeln aufgefordert.² Benötigt wurde dafür ein immenser Aufwand an Vorbereitungszeit, Personal, Koordination und Beteiligten, der nicht nur ein beeindruckendes Foto mit hohem Symbolwert erbrachte. Die gesamte, viele städtische Institutionen umfassende Aktion kann vielmehr als Zeichen des besonderen Ranges gedeutet werden, den insbesondere die Schuljugend der Erinnerung an den Arbeiteraufstand in der DDR beimaß. Dass Schülerinnen und Schüler in diesem Kontext spezifische Formen der politischen Partizipation erlernten, sollte sich wenige Jahre später unter gewandelten Bedingungen als durchaus vorteilhaft erweisen.

Von Anbeginn an war das aktive Engagement der Jugend für den Gedenktag an den Aufstand am 17. Juni 1953 nicht zu unterschätzen. In Verbänden organisierte Jugendliche, vor allem Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, stellten eine der zentralen Zielgruppen des Gedenkens an den 17. Juni dar, die in den Gedenkaktivitäten der 1950er und 1960er Jahre auf vielfältige Weise tätig wurden und sich den Feiertag, vom Kuratorium Unteilbares Deutschland intensiv unterstützt, auf ihre Weise aneigneten.³ Die 1954 gegründete überparteiliche Organisation propagierte den Feiertag bundesweit mit dem Ziel, den Gedanken an die Wiedervereinigung Deutschlands in der Bevölkerung wachzuhalten. Zu den erklärten Zielen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland gehörte es, »zunehmend junge Menschen für die Schicksalsfragen der deutschen Nation zu interessieren.«⁴ Die Ereignisse dieses Tages, ihre Vorgeschichte und Folgen waren zudem regelmäßig nicht nur in der Presse, sondern auch in Schülerzeitungen und anderen Schülerveröffentlichungen präsent.

2 Staatsarchiv Hamburg (StAHH) 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 3, 1961, Bl. 68 a-e. Polizeiliche Durchführung der Fackelumstellung mit Zeitplan, 12.6.1961.

3 Einen umfassenden, republikweiten Einblick in die Feiertagsaktivitäten gibt Christoph Meyer, *Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland*, Landsberg 1997; Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

4 Landeskuratorium Hamburg (Hrsg.), *Unteilbares Deutschland, Arbeitsbericht 1966–68*, Hamburg 1968, S. 6.

Bereits drei Tage nach dem Aufstand 1953 hatte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), die Kultusminister der Länder aufgefordert, in den Schulen »in geeigneter Weise [...] den Opfern der jüngsten Freiheitskündgebung in Ostberlin und Ostdeutschland zu gedenken«. ⁵ Diese Anregung stieß in Hamburg auf vorbehaltlose Zustimmung des Schulsenators Heinrich Landahl (SPD), denn jeder Lehrer müsse es als seine Pflicht ansehen, »unserer heranwachsenden Jugend Kunde zu geben von diesem geschichtlichen Ereignis und der Toten zu gedenken, die im Kampf für ein menschenwürdiges Leben gefallen« seien. ⁶ Ein Jahr später legte die Schulbehörde fest, dass am Vortag des Feiertages entweder in der letzten Unterrichtsstunde oder nach der vierten Unterrichtsstunde des Tages in einer Schulfeyer der deutschen Einheit gedacht werden sollte. ⁷ Dieses Prozedere hatte bis in die 1960er Jahre hinein Bestand. Dass diese Feiern nicht für alle Schüler attraktiv waren, verraten Beiträge in Schülerpublikationen, in denen die ermüdende Wiederkehr der Themen und Rituale mit leisem Spott bedacht wurde. »Sechs Jahre lang hat das Gesetz Dir einen freien Tag zugesprochen. Sechs Jahre lang hast du Dir die Geschichte der Bauarbeiter der Stalinallee angehört. Sechs Jahre. [...]« ⁸

1959 beschlossen die im HSP organisierten Schülerinnen und Schüler erstmals, den 17. Juni selbst zu gestalten. Mit Unterstützung der Schulbehörde hielten sie am schulfreien Tag eine Sondersitzung des HSP als »Feierstunde« ab, in der Schülerinnen und Schüler »ihre Bereitschaft zur Wiedervereinigung bekunden« sollten. Zum Abschluss sangen sie die Nationalhymne. ⁹ Offenbar fühlten sich nur wenige Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot angesprochen, zumal sie ihren schulfreien Tag dafür opfern mussten. Obwohl das HSP einräumte, »immer nur einen sehr kleinen Kreis« anzusprechen, stand die Schulbehörde ihm in seinen Bemühungen um eine würdige Gestaltung des Tages der deutschen Einheit weiter bei. ¹⁰

Um das Spektrum der Interessierten zu erweitern, gab das HSP ein Jahr später, 1960, eine von der Schulbehörde finanzierte Sonderausgabe zum 17. Juni heraus. Die Presse lobte die Schüler für ihr Engagement mit überraschenden Formulierungen: »Jetzt rebelliert die Jugend, die vielgeschmähte. [...] Bei einer Rebellion geben ein paar Mutige, ein paar Leute mit Verantwortungsbewusstsein den Ton an. Diesen Hamburger Schülern nun ist der Geduldssaden gerissen.« ¹¹ Viele Einzelpersonen und Verlage forderten daraufhin Exemplare an. Im gleichen Jahr machten sich die

5 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 1, 1953–1958, Bl. 1. Schreiben an die Kulturbehörde vom 20.6.1953.

6 Ebd., Bl. 3. Weiterleitung an die Schulen vom 21.6.1963.

7 Ebd., Bl. 19.

8 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 2, 1959–1960, Bl. 88, Sonderausgabe des HSP zum 17. Juni 1960.

9 Ebd., Bl. 29. Einladung des HSP zur Sitzung am 17.6.1959.

10 Ebd., Bl. 47, HSP an Schulsenator Landahl vom 22.4.1960.

11 *Die Welt*, 14.6.1960.

Schülerinnen und Schüler darüber hinaus auch für die Gestaltung der Gedenkfeiern in den Schulen selbst stark und arbeiteten dazu eng mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland zusammen, an dessen Stafettenlauf durch die gesamte Bundesrepublik sie sich beteiligten.¹² Dabei liefen Fahnen der Landsmannschaften tragende Jugendliche bis nach Lauenburg an die »Zonengrenze«, wo abends »Mahnfeuer« entzündet wurden. An der Abschlusskundgebung nahmen immerhin 1.700 Hamburger Schüler teil.¹³

Auch im Jahr 1961 legte das Hamburger Schülerparlament einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Gestaltung des 17. Juni und kooperierte eng mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland. Obwohl die Lichtsymbolik mit Fackelschein und Mahnfeuern in der Dramaturgie des Gedenkens an den Aufstand am 17. Juni von Anfang an eine große Rolle spielte, rief die eingangs beschriebene Umstellung der Alster mit Hunderten von Fackeln tragenden Jugendlichen auch in diesem Jahr in der Öffentlichkeit keine Erinnerungen an ähnlich gestaltete Rituale und Feste im Nationalsozialismus hervor. Anders verhielt es sich bei der tagsüber angebotenen, weitaus größeren Veranstaltung: Im Volksparkstadion fand zwar nicht zum ersten Mal, aber diesmal ausdrücklich am Tag der deutschen Einheit das mit über 30.000 jungen Zuschauern sehr gut besuchte Stadionfest der deutschen Schulen statt. Im Vorfeld hatten Lehrer und Gewerkschaftler weitgehend wirkungslosen Protest erhoben, da sie die Verbindung von Sport und Politik sowohl an die Praxis im »Osten« als auch an entsprechende Inszenierungen im Nationalsozialismus erinnerten.¹⁴ Die Presse sprach erst im Nachhinein von dem »von vielen peinlich empfundenen Eindruck des Gesamtfestes«, der lediglich von den »ernsten, ganz dem Tag gedenkenden Worten des Ersten Bürgermeister Dr. Paul Nevermann und der jungen Präsidenten des Hamburger und Berliner Schülerparlamentes« gemildert wurde.¹⁵ Ein Blick in die damalige bebilderte Presseberichterstattung legt angesichts der unter Chören und Fanfaren aufmarschierenden, Fahnen tragenden Sportlerinnen und Sportler in der Tat Assoziationen zur NS-Propaganda und ihren Riten der Heldenverehrung nahe.¹⁶

Im Medium der Schülerinnen und Schüler, den Schülerzeitungen, diskutierten sie die Ereignisse und den Umgang damit intensiv und nutzen sie als Forum, um polemisch, aber dennoch treffend formuliertes Unbehagen am Umgang mit dem

12 Die Stafette des 17. Juni, in: *BILD-Zeitung Hamburg*, 15.6.1960, mit Kartenausschnitt über den Weg der »Stafette der Freiheit« durch Hamburg.

13 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 2, 1959–1960, Bl. 101, Schulsenator an Oberschulrat Matthewes, 15.6.1960.

14 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 3, 1961, Bl. 30. Niederschrift der 2. Sitzung der Lehrerkammer, 19.4.1961.

15 17. Juni. Tag ernsthafter Prüfung. Hamburger Jugend gedachte des Volksaufstandes in der Zone, in: *Die Welt*, 19.6.1961.

16 Siehe dazu Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole*, Vierow bei Greifswald 1996.

17. Juni zu äußern. Ein Autor der *Freien Hamburger Schülerzeitung* drückte es in einem Artikel mit der Überschrift »Tag des deutschen Selbstbetrugs« folgendermaßen aus: »Wochen der Planungen, der Konferenzen, der Vor- und Abschlussbesprechungen (eine derartige Show muss schließlich bis ins letzte durchorganisiert sein!) finden ihre Krönung in einer rauschenden Gedenkstunde. Minister, Regierungsbeamte, Jugendpfleger dürfen der zum nationalen Einheitsgebet gescharten bundesrepublikanischen Gemeinde vorführen, wie es ihnen ein weiteres Mal gelungen ist, aus den alten, allbekannten Phrasen eine völlig neue Rede zu basteln.«¹⁷ Es gab also durchaus Schüler, die von der gut geölten Gedenkmaschine zum Staatsfeiertag nicht sonderlich beeindruckt waren, zumal ihnen gelegentliche großdeutsche Untertöne nun unangenehm auffielen. »Zum Abschluss das Deutschlandlied: Anlass für die eine Hälfte der Anwesenden statt der 3. die 1. Strophe zu singen und an die schöne alte (braune) Zeit erinnert zu werden, für die andere, unsentimentalere Hälfte Gelegenheit 8 Stunden zu 3.62 DM zu berechnen. In der Tat, ein großer Betrag, ein Betrag, der schon eines (bezahlten) Gedenkens an die Männer und Frauen des 17. Juni 1953 würdig ist.« Mit seinem moralisch begründeten, teils sarkastisch formulierten Unmut über das immer gleiche Programm, die sich jährlich wiederholenden Inhalte, die der Autor als leere Worthülsen empfand, stand er nicht allein. Sensibel reagierten Schüler auch, wenn sich Redner im Ton vergriffen, und sie spießten diese Entgleisungen in Schülerzeitungen auf. So äußerte sich beispielsweise ein Schüler an der Schlee-Schule in Groß Flottbek: »Dann hören wir, dass sie [die Menschen in der DDR] ›vergewaltigt wurden«, ›eingemauert‹ sind, in ein ›Ghetto‹, ein ›KZ‹. (Nun, KZ überschreitet das Maß um ein erhebliches; aber in Deutschland gilt das KZ im allgemeinen als ›so schlimm ja nun auch wieder nicht‹.)«¹⁸ Zum einen bewiesen Schüler damit, dass sie nicht nur an den Gedenkfeiern teilnahmen, sondern auch sorgfältig zuhörten. Zum anderen belegen solche Bemerkungen die kritische Distanz, mit der ein Teil der Schülerinnen und Schüler der offiziellen Geschichtspolitik gegenüberstand.

Die Hamburger Schulbehörde war recht stolz auf die Eigeninitiative und die von ihr geförderten Aktivitäten ihrer Schüler. Allerdings geriet ihre hanseatische Liberalität, die sie sich im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern zugute hielt, etwas ins Wanken, als einige junge Leute, darunter Michael Karbaum, der Präsident des Hamburger Schülerparlaments, 1962 eine Sonderausgabe zum Tag der deutschen Einheit verfassten, die der Schulbehörde in Ton und Inhalt nicht zusagte. Die jungen Leute hatten es gewagt, die Ereignisse am 17. Juni 1953 beiseitezulassen und sich stattdessen kritisch mit den Aussagen der Vertriebenen, den internen Kon-

17 Dieses und das nächste Zitat: StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 3, 1961, Bl. 17, *Freie Hamburger Schülerzeitung* (1961), H. 3.

18 Gerd Busch, Fahnen, Fackeln und Fanfaren, in: *Die Pauke, Schülerzeitung der Schleeschule, Gymnasium für Jungen*, Groß Flottbek, 17.6.1962, S. 25.

flikten innerhalb der SED und den ökonomischen und politischen Verhältnissen in Polen zu beschäftigen. Daraufhin entzog die empörte Schulbehörde ihnen den nötigen Druckkostenzuschuss, lud die Autoren aber zum Gespräch. Der Konflikt geriet bald an die Öffentlichkeit und brachte die Schulbehörde in Erklärungsnot, als die Wochenzeitung *DIE ZEIT* Auszüge der Besprechung unter dem Titel »Wir wollen keine Sedanfeier. Nachruf auf eine ketzerische Zeitschrift zum 17. Juni, die nicht erscheinen wird« veröffentlichte.¹⁹ Als dann auch noch die überregionale *Neue Illustrierte* den Beitrag »Drei Hamburger Schüler dachten über Deutschland nach ... Reaktion von Oben: Maulkorb«²⁰ nachlegte, in dem die enttäuschten Schüler zu Wort kamen, führte dies zu politischer Aufregung innerhalb der in Hamburg regierenden SPD: Der Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt bat seinen Parteigenossen, Innensenator Helmut Schmidt, um Aufklärung, der diese Aufgabe an seinen Kollegen, Schulsenator Wilhelm Drexelius, weitergab.²¹ Dieser verfasste daraufhin ein immerhin sechsstufiges Rechtfertigungsschreiben. Besonders störte ihn, dass die Schüler inhaltliche und politische Positionen bezogen hatten, die nicht mit denen der Schulbehörde übereinstimmten und die den üblichen und als angemessen geltenden Gedenkrahen, vorrangig die Trauer über die deutsche Teilung und die nie aufzugebende Hoffnung auf die Wiedervereinigung, weit überschritten hätten.²² Zuvörderst kritisierte er, dass die Schüler sich nicht zum »Geist des 17. Juni« bekannt, sondern sich stattdessen mit internen Konflikten innerhalb der SED beschäftigt hätten. Auch eine Kritik am Heimatrecht der Vertriebenen stünde Schülern nicht zu, zumal sie polemisch auf die Tatsache hingewiesen hatten, dass das Heimatrecht offenbar nur für in bspw. Hamburg geborene Kinder von vertriebenen Tschechen, nicht aber für in der Tschechoslowakei geborene Tschechen gelte. Darüber hinaus hatten die Schüler unter Verweis auf den zeitgleich stattfindenden Eichmann-Prozess und auf Feiern von Burschenschaften formuliert, die Bundesregierung gebe »mit dem ihr zuweilen eigenen Eifer [...] gesamtdeutsche Parolen aus, deren Glaubwürdigkeit flöten geht, wenn sie zu ihrer Verwirklichung an befreundete westliche Staaten weitergereicht werden. Die Befreiung vom Nationalsozialismus war keine eigene Leistung des deutschen Volkes, vielleicht tilgen die Verbündeten ja – durch Beseitigung der Zonengrenze – auch diesen Makel und damit die letzte Erinnerung an deutsche Schuld [...]«. ²³ Kritische Worte also, die über den Rahmen des bisher Üblichen weit hinauswiesen und die die Schulbehörde nicht unterstützen mochte. Sie behielt aber ihren liberalen Kurs bei, ließ das Manuskript vervielfältigen und an

19 Vgl. Ruth Herrmann, »Wir wollen keine Sedanfeier«, in: *DIE ZEIT* Nr. 24 (15.6.1962).

20 *Neue Illustrierte* Nr. 30 (29.7.1962).

21 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 5, 1962, Bl. 37c, Schreiben von Adolf Arndt an Helmut Schmidt, 26.7.1962.

22 Ebd., Bl. 37 h-m, Wilhelm Drexelius an Adolf Arndt, in Kopie an Helmut Schmidt, 3.9.1962.

23 StAHH 361-2 VI: Oberschulbehörde VI, 565, Bd. 4, 1962, Bl. 37b.

alle Schulsprecher verteilen. Sogar interessierte Einzelpersonen erhielten ein Exemplar. Darüber hinaus stellte sie sich Diskussionen mit Schülern. Von einem Maulkorb oder Verbot, wie in der Presse verbreitet, konnte tatsächlich keine Rede sein. Die beteiligten Schülerinnen und Schüler empfanden es jedoch durchaus als Zensur und konstatierten eine »ernste Vertrauenskrise« zwischen dem HSP und der Schulbehörde.²⁴ Sie befürchteten, dies würde dazu führen, dass die Schülermitverantwortung als »schöner Schein«, als »demokratisch sich gebärdender Bluff« denunziert werden könne. Prophetische Worte, denn einige Jahre später geriet die Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern und der Schulbehörde in exakt diese Konflikte. Erste eigene und neue inhaltliche Wege der Schülerschaft, die Ende der 1960er Jahre in der linken Schülerbewegung mündeten, deuteten sich bereits an.

Auch in den folgenden Jahren kritisierten Schülerinnen und Schüler den 17. Juni als hohle, nationalistische und fragwürdige Veranstaltung und fuhren fort, sie mit den Sedanfeiern der Eltern- und Großelterngeneration und den Sonnenwendfeiern der Hitler-Jugend zu vergleichen. Ein neues Argument schob sich jedoch in den Vordergrund. Sie forderten, von den eingespielten, inhaltsleeren Ritualen Abstand zu nehmen und stattdessen ein persönliches Opfer zu bringen. Eine würdige und glaubhafte Form des Verhaltens an diesem Tage könne es sein, den Tagesverdienst nicht »ins eigene Portemonnaie, sondern in Form einer Paketaktion in die SBZ« wandern zu lassen, so der Vorschlag eines Schülers des Hansa-Gymnasiums in Bergedorf.²⁵ Vorgeschlagen wurde auch, den 13. August, den Tag des Mauerbaus, zum nationalen Feiertag zu erklären. Trotz dieser Kritik beteiligten sich die Hamburger Schüler auch 1963 am nun schon traditionellen, fackelbewehrten Gedenken an der Alster. Arne Andersen, Schüler am Bergedorfer Hansa-Gymnasium, der sich wenig später als linker Aktivist im Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS) engagierte, erinnert sich gut an die Attraktivität dieses Tages: »Ich weiß noch, dass ich mit Begeisterung zu den Fackel-Umzügen am 17. Juni gegangen bin. Dann liefen sie alle auf, auch die ganzen Landsmannschaften unter dem Motto ›Ostpreußen muss wieder heim ins Reich‹.«²⁶ Als junger Schüler übte dies eine große Faszination auf ihn aus: »Wir haben immer die berühmte Kerze ins Fenster gestellt, und ich bin auch regelmäßig am 17. Juni zu den Umzügen gegangen, die Spielmannszüge spielten wunderschön. Da wurden Reden gehalten. [...] Und dann die ganzen Flaggen unter dem Motto ›Deutschland dreigeteilt – Niemals‹. Im Nachhinein würde ich sagen, dass es nicht nur um die Wiederbesetzung der Ostzone ging, sondern man wollte eben noch mehr haben. Aber ich fand das alles

24 Diese und die nächsten Zitate aus: Resolution der Redakteure des Sonderdrucks zum 17. Juni 1962, zur Verfügung gestellt von Michael Karbaum.

25 Heiko Floeter, 17. Juni, in: *Wecker* Nr. 34 (1963), S. 37.

26 Interview mit Arne Andersen am 10.9.2004, Interviewerin Linde Apel, Transkript S. 11.

total toll.«²⁷ Retrospektiv kritisiert er sein unpolitisches, ihm heute anachronistisch erscheinendes Vergnügen. Zugleich verweist die Aussage auf jene Aspekte, die diese Feiern mit einer großen Anziehungskraft versahen. Nächtlicher Fackelschein, Fahnen und Musik, eine von hohem Pathos geprägte Atmosphäre waren für Kinder und Jugendliche nur selten erfahrbar und stellten mit ihrem moralisch-dramatisierenden Anspruch, die unmenschliche Trennung zu überwinden, eine emotionalisierende Ausnahmesituation dar, die anziehend und unheimlich zugleich wirkte.

Immer wieder schlugen Schüler vor, aus dem 17. Juni einen normalen Arbeitstag zu machen. Beständig stand die Frage im Vordergrund, ob am Umgang mit dem Tag der Deutschen Einheit zu viel oder zu wenig Nationalbewusstsein sichtbar würde. Hochmoralisch argumentierend, beanstandeten Schülerinnen und Schüler, dass die Mehrheit der Deutschen sich mit der Teilung abgefunden habe. »Wir sollen und dürfen nie vergessen, dass wir ein Volk sind; wir dürfen uns nie mit der Trennung abfinden; wir sollen bereit sein, für eine Wiedervereinigung Opfer zu bringen.«²⁸ Andere dagegen wollten angesichts der Tatsache, dass der Krieg erst wenige Jahre zurücklag, unbedingt einen Appell an das nationale Bewusstsein vermeiden. Sie plädierten dafür, sich stattdessen für Freiheit und Menschenwürde einzusetzen. Letztlich dominierte aber auch in diesem Jahr die Jugend den feiertagsüblichen Ablauf der zentralen Hamburger Veranstaltung, die diesmal den Rathausmarkt mit entzündeten Fackeln umstellte.²⁹

Die Rolle der Vertriebenenverbände, die diesen Gedenktag prominent nutzen und an die sich Arne Andersen noch so plastisch erinnerte, fiel Schülern häufig negativ auf: »Auch klingen die Worte von der Wiedervereinigung aus dem Munde eines Flüchtlings oder Vertriebenen leider oft etwas egoistisch, sind sie doch meistens nicht in erster Linie von dem Wunsch, die Menschen drüben zu befreien, erfüllt, sondern mehr von dem, ihre verlorenen Besitztümer wiederzuerlangen.«³⁰ Als Konsequenz aus der Kritik im Umgang mit dem 17. Juni entschieden sich die Schüler des Hansa-Gymnasiums 1965 dafür, einen schuleigenen Arbeitseinsatz durchzuführen und sich nicht an dem vom Hamburger Schülerparlament organisierten zu beteiligen. Mit dem Geld unterstützten sie eine Klasse, die eine Reise nach Ostberlin plante. Damit erwiesen sie sich als Vorreiter, auch wenn sich an der freiwilligen Arbeit zunächst nur eine Minderheit unter der Schüler- und Lehrerschaft beteiligte.³¹ Denn bereits ein Jahr später gaben sich etliche Schülerinnen und Schüler mit den üblichen fackelbewehrten Demonstrationen der Jahre zuvor nicht mehr zufrieden. Sie wollten sich ernsthaft engagieren und damit ihr glaubwürdiges

27 Ebd., S. 68 f. Die Interviewpassagen wurden zur besseren Lesbarkeit sprachlich leicht bearbeitet.

28 17. Juni. Ja oder nein?, in: *Wecker* Nr. 38 (1964), unpag.

29 Vgl. Hamburgs Jugend folgte dem Ruf, in: *HA*, 18.6.1964, S. 3.

30 Michael Meyborg, 17. Juni. Ja, aber in anderer Form, in: *Wecker* Nr. 38 (1964), unpag.

31 *Wecker* Nr. 42 (1965), S. 24.

Interesse an einer Verbesserung der Verhältnisse in der DDR und an einer möglichen Wiedervereinigung unter Beweis stellen. Daher gestalteten sie 1966 den Tag mit einem stadtweiten freiwilligen Arbeitseinsatz. Obwohl der 17. Juni zu den heißesten Tagen dieses Jahres gehörte, sammelten sich von den 2.200 erwarteten Schülerinnen und Schülern immerhin 1.600, um von Mannschaftswagen der Polizei, Fahrzeugen der Baubehörde und der Stadtreinigung zu ihren Arbeitsplätzen gefahren zu werden. Mitarbeiter der Bezirksämter, der Innenbehörde und des Gartenbauamtes standen bereit, um die Schülerinnen und Schüler bei ihrer freiwilligen Arbeit in Grünanlagen und Krankenhäusern anzuleiten und zu unterstützen. Mittags sorgte die Bundeswehr für die Verköstigung.³² Nicht alle waren mit der erfolgreichen Gestaltung des Tages einverstanden. Der Schulsprecher eines Hamburger Gymnasiums und ein Vorstandsmitglied des Schülerparlaments kritisierten, dass auch freiwillige Arbeit nichts daran ändere, dass man eines Deutschlands gedenke, das es nicht gebe, und die Wiedervereinigung eine Utopie bleibe.³³

1967 war es dann so weit, dass das gesamte Hamburger Schülerparlament den Tag der deutschen Einheit als gesetzlichen Feiertag zwar ablehnte, ihn aber dennoch zahlreicher als je zuvor aktiv gestaltete.³⁴ Wie sich bald herausstellen sollte, zum letzten Mal. In Kooperation mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland veröffentlichte es eine Resolution und argumentierte, dass die Ereignisse des 17. Juni 1953 zwar »gedenkwürdig« seien, an die Toten und Inhaftierten jedoch nicht angemessen erinnert werde, wenn »die Arbeit am ›Tag der deutschen Einheit‹ ruhe und jeder seinen persönlichen Vergnügungen« nachgehe. Daher forderte das HSP alle Hamburger Schüler und Lehrer auf, ein Beispiel zu geben und sich am 17. Juni freiwillig in ihren Schulen zu versammeln und ihrer täglichen Arbeit nachzugehen.

Hermann Hanser war von 1966 bis 1967 »Ostreferent« des Hamburger Schülerparlaments und damit für die Gestaltung des Tages der deutschen Einheit zuständig. 38 Jahre danach blickt er, der wenig später zu einer der zentralen Figuren innerhalb Hamburgs linker Schülerbewegung wurde, kritisch auf sein Verhalten und die damalige Position der Schülerinnen und Schüler zurück: »Der 17. Juni, das ist heute fast peinlich. Da haben die Hamburger Schüler darüber diskutiert, ob man ihn nicht abschaffen sollte und freiwillig in die Schule gehen sollte. Mehr oder minder aus der Sicht heraus, dass dieser Tag so bedeutungsvoll ist, dass man ihn nicht in der Freizeit verbringen sollte. Ich glaube, das war überhaupt nichts, was aus Achtung vor der DDR geschehen ist, sondern es war eigentlich eine Achtung vor dem, was

32 Bernd Stauss, 17. Juni. Tag der deutschen Einheit, in: Hamburger Schülerparlament, Hausmitteilungen II/1966, S. 18-20, in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, SMV 1950-1967.

33 Uwe Nissen/Thomas Minack, 17. Juni. Versuch einer Würdigung, in: Hamburger Schülerparlament, Hausmitteilungen II/1966, S. 20f., in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, SMV 1950-1967.

34 Dieses und die nächsten Zitate aus: Resolution zum 17. Juni 1967. Vom Feiertag zum Gedenktag, 14.2.1967, in: Projektarchiv/Sammlung Wolfgang Kautzky.

man geschichtlich gelernt hat. Dieser Aufstand in Ostdeutschland sollte angemessen begangen werden.«³⁵ Kritisch reflektiert er rückblickend, »aus der Politik heraus« zu diesen Aktivitäten inspiriert worden zu sein: »Es gab zu der Zeit einige im damaligen Bundestag, die den 17. Juni nicht so begehen wollten, weil sie es einfach als eine Schande empfanden, dass die Westdeutschen sich im Juni an den Strand legen, und die Ostdeutschen haben dafür gekämpft, dass sie die Freiheit kriegen und sie nicht bekamen. Das war so eine idealistische Phase, da war ich in der Tat sehr aktiv, traf mich mit diesem Senator, der für Gesamtdeutsche Beziehungen zuständig war.«³⁶ Da hatten wir hier ganz Hamburg plakatiert: ›Am 17. Juni gehen wir in die Schule‹. Das war in der Tat für die Schüler eine große Sache, weil es das erste Mal war. Wir traten in die Öffentlichkeit, wir bekamen Presse. Das zu organisieren, diese ganze Plakataktion, das war ja für einen Fünfzehn- oder Sechzehnjährigen schon eine ganze Menge.«³⁷

Die Anregungen aus der Politik hatten die Schülerinnen und Schüler jahrelang eifrig aufgenommen und sich neue Handlungsfelder erschlossen. Sie hatten im Rahmen dieser Gedenkkampagnen nicht nur viel Neues gelernt und erlebt, sondern auch regelmäßig große Aufmerksamkeit in der Presse erhalten. Hansers Bemerkung über seine »idealistische Phase« deutet an, dass anschließend etwas anderes begann, die politisierte Schülerbewegung. Sie war zwar nicht weniger idealistisch, dafür aber im Verständnis der Schüler eigenständiger, selbstbestimmt und aufregender als jeder Fackelzug. In welche Richtung die inhaltliche Neuorientierung wies, vermittelt paradigmatisch ein von Arne Andersen herausgegebenes Flugblatt. Er, den Mitte der 1960er Jahre noch Spielmannszüge, Fahnen und Fackeln während der nächtlichen Veranstaltungen am Tag der deutschen Einheit mit ihrer suggestiven Kraft emotional ergriffen hatten, veröffentlichte 1968 im Namen des AUSS mit einem Mitschüler anlässlich des 17. Juni sein erstes Flugblatt, das die Gedenkfeiern als rührselige Rituale bezeichnet. Er kritisierte, dass »echte Anteilnahme« am Schicksal der Brüder und Schwestern in der SBZ nicht zu erkennen sei, und wies darauf hin, dass die DDR ein von vielen Ländern anerkannter Staat sei und dass es in der gegenwärtigen Situation kein Interesse an einem geeinten Deutschland gebe. Das Plädoyer für eine weitere Entspannungspolitik und eine Anerkennung der DDR sollte jedoch nicht so verstanden werden, als rechtfertigten die Unterzeichner das politische System. Daher sprachen sie sich abschließend deutlich für die Einheit Deutschlands als erstrebenswertes Ziel aus.³⁸ Für diese Zeit war das Flugblatt in seiner Diktion recht

35 Interview mit Hermann Hanser am 27.9.2004, Interviewerin Linde Apel, Transkript S. 10.

36 Ernst Weiß (1911–1998), SPD, 1957 bis 1978 Senator der Arbeits- und Sozialbehörde in Hamburg und Vorsitzender des 1956 gegründeten Landeskuratoriums Hamburg im Kuratorium Unteilbares Deutschland.

37 Interview mit Hermann Hanser am 27.9.2004, Transkript S. 10.

38 Zum 17. Juni 1968. Wiedervereinigung. Hoffnung oder Illusion? in: Projektarchiv/Sammlung Arne Andersen.

moderat. Dennoch zeigt es, in welcher kurzen Zeit Schüler politische Entwicklungen durchmachten und politische Räume eroberten, hatte Andersen doch wenige Jahre zuvor noch davon geträumt, Ulbricht persönlich abzusetzen.³⁹

Anhand der sich verändernden Positionen von Schülerinnen und Schülern gegenüber dem Tag der deutschen Einheit lassen sich der Einstellungswandel und der sich verändernde Umgang mit politischen Themen prägnant verdeutlichen, kam es doch im Verlauf der 1960er Jahre unter Schülerinnen und Schülern zu einer Umcodierung der Bedeutung des deutschen Nationalfeiertags und damit auch zu einem Wandel in Überzeugungen und Verhalten. Mit dem Aufkommen der Schüler- und Studentenbewegung wandten sich diejenigen, die die Gedenktage zuvor in hohem Maße personell getragen und jahrelang die öffentliche Wahrnehmung dieses Tages maßgeblich bestimmt hatten, schlagartig von diesem Gedenktag ab. Das Bild der entstehenden Schülerbewegung wäre sicherlich unvollständig und nicht korrekt, wenn man sich nicht die örtlichen, mentalen und inhaltlichen Ungleichzeitigkeiten vergegenwärtigen würde, von denen sie insbesondere in der Anfangszeit außerordentlich stark geprägt war.⁴⁰ Ein eindrückliches Beispiel für die Gleichzeitigkeit von inhaltlich weit auseinanderliegenden Aktivitäten in einem sich verändernden politischen Klima stellen die Ereignisse am 17. Juni des Jahres 1967 dar. Als zentraler Moment des Aufbruchs der politischen Opposition unter Oberschülern gilt die Gründung des AUSS im Februar 1967, die auf der ersten Delegiertenkonferenz ausgerechnet am 17. Juni 1967 in Frankfurt am Main ihren bundesweiten Ausdruck fand.⁴¹ Während auf der als Gründungskongress apostrophierten ersten Delegiertenkonferenz Schülerinnen und Schüler über Sexualerziehung, Schülermitbestimmung und Notstandsgesetzgebung Resolutionen verfassten und ein schwergewichtiges Grundsatzreferat verabschiedeten,⁴² trafen sich am gleichen Tag allein in Hamburg 17.000 Schülerinnen und Schüler, um den Nationalfeiertag zu gestalten. Trotz des schulfreien Tages versammelten sie sich freiwillig in den Schulen und verbrachten ihn mit »Feierstunden, Diskussionen oder Unterrichtsstunden«, in denen sie über das »deutsche Problem« diskutierten.⁴³ Grundlage dafür bildete ein Aufruf des Hamburger Schülerparlaments, der die Schüler zu verstärktem Engagement und

39 Interview mit Arne Andersen, Transkript S. 68 f.

40 Vgl. Linde Apel, Der Nachwuchs der Revolte. Die Schülerbewegung der 1960er-Jahre am Beispiel der Hamburger Gruppe des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler AUSS, in: Meike Sophia Baader/Ulrich Hermann (Hrsg.), 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik, Weinheim/München 2011, S. 14–29.

41 Vgl. Axel Schildt, Nachwuchs für die Rebellion. Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 229–251.

42 Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen, Was wollen die Schüler. Politik im Klassenzimmer, Frankfurt am Main 1969, S. 40–48.

43 Senator Weiß: Es gibt kein besseres Leitbild. Diskussion am 17. Juni. Soldaten arbeiteten, in: *HA*, 19.6.1967, S. 4.

Nachdenklichkeit aufforderte: »Zeige Du durch Deinen freiwilligen Schulbesuch am 17. Juni, wie man des Aufstandes in Mitteldeutschland würdig gedenken kann.«⁴⁴ In Ahrensburg, einer Kleinstadt vor den Toren Hamburgs, taten sich an diesem Tag Mitglieder der Jungsozialisten und der Jungen Union zusammen und versperren eine Durchgangsstraße, die Bundesstraße 75, mit Barrikaden, die sie mit der Aufschrift »Die Mauer muss weg« versehen. Im Stadtbild errichtete Nachbildungen der Berliner Mauer waren ebenfalls beliebte Formen, den Feiertag zu gestalten. Nicht immer verhielt sich die Polizei dabei so freundlich wie in Ahrensburg, wo sie gemeinsam mit den Jugendlichen den lebhaften Feiertagsverkehr um das Hindernis herum leitete.⁴⁵ Auch den bis Mitte der 1960er Jahre sehr beliebten bundesweiten Verkauf von Abzeichen unter dem Titel »Macht das Tor auf« unterstützten Schülerinnen und Schüler derart erfolgreich, dass sich das Kuratorium Unteilbares Deutschland langfristig finanziell sanierte.⁴⁶

Ein Jahr später, am 17. Juni 1968, war von Aktivitäten zum Feiertag nichts mehr zu hören oder zu sehen. Selbst das *Hamburger Abendblatt*, die Tageszeitung, die regelmäßig ausführlich über die Gedenkfeiern berichtet hatte, widmete dem Tag der deutschen Einheit kein Wort. In diesem Jahr hatte die Große Koalition erstmals auf eine Feierstunde im Bundestag verzichtet.⁴⁷ Wiederum ein Jahr später, im Juni 1969, konnte der Feiertag gerade noch gerettet werden. Letztlich scheiterte die Abschaffung des arbeitsfreien Tages am Widerstand der Gewerkschaften.⁴⁸ 16 Jahre nach dem Aufstand in der DDR war dieses Datum wegen seiner Rückwärtsgerichtetheit und auch im Kontext der ökonomischen und sozialen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik als nationaler Feiertag inhaltlich kaum mehr vermittelbar und konnte zu Beginn einer neuen Ostpolitik nicht mehr zur identitätsbildenden Sinnstiftung dienen.⁴⁹ Erst in den frühen 1980er Jahren wurde die Tradition der jährlichen Würdigung verhalten wieder aufgenommen.⁵⁰

Das Jahr 1968 gilt nach wie vor als Symbol des revolutionären Aufbruchs, auch wenn die strukturellen, kulturellen und mentalen Änderungen bereits früher angelegt waren. Am Umgang von Schülern mit dem 17. Juni wird der sich langsam entfaltende, sich in neuen, selbstbestimmten Protestformen äußernde Einstellungswandel sichtbar, der dazu führte, dass ab 1968 das ritualisierte Gedenken an den 17. Juni 1953

44 Flugblatt »Liebe Mitschüler«, o. D., in: Projektarchiv/Sammlung Jürgen Grauschopf.

45 Meyer, *Doppelstrategie*, S. 285.

46 Schüler-Bekennnis zu Berlin, in: *BILD-Zeitung Hamburg*, 11.6.1960; Meyer, *Doppelstrategie*, S. 256-261.

47 Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 251.

48 Meyer, *Doppelstrategie*, S. 428.

49 Edgar Wolfrum, Die Unfähigkeit zu feiern? Der 8. Mai und der 17. Juni in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, in: Sabine Behrenbeck/Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, Köln 2000, S. 221-241, hier S. 235 ff.

50 Martin Krämer, *Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland*, Bochum 1996, S. 243-261.

abbrach und sich nicht mehr zur politischen Mobilisierung von Schülern nutzen ließ. Allerdings hatten Schülerinnen und Schüler in den 1950er und 1960er Jahren das Demonstrieren maßgeblich im Kontext der Feiern zum 17. Juni 1953 gelernt. Ab Ende der 1960er Jahre nutzten sie diese Form für gänzlich andere Inhalte und ohne Aufsicht, Anleitung oder in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde. Was Hermann Hanser noch kurz zuvor als aufregende Erweiterung seiner Handlungsspielräume erlebt hatte, die Aushandlungsprozesse der Schülerinnen und Schüler mit der Schulbehörde, der Politik, mit Lehrern und Mitschülern über die Gestaltung des Staatsfeiertages, der Kontakt zur Presse, interessierten nun nicht mehr. Im Zentrum standen andere politische Fragen. Die Schüler hatten Frantz Fanon und die Ausbeutung der »Dritten Welt« entdeckt. Folglich druckte im Juni 1969 eine Schülerzeitung ein Flugblatt mit dem Titel »An die Feiernden des 17. Juni« ab, das das gesamte Spektrum der Argumente gegen die inhaltliche Ausrichtung dieses Tages abbildete.⁵¹ Schülerinnen und Schüler hielten nun andere Inhalte für drängender, darauf wiesen sie zum Teil durchaus polemisch hin. So betonten sie den Kontrast zwischen Sudetendeutschen, denen es außer ihrer alten Heimat an nichts fehle, und den Bewohnern der Dritten Welt, deren Lebenserwartung wesentlich niedriger sei. Sie verwiesen auf Länder, in denen im Gegensatz zur DDR Wohnungen fehlten und gehungert werde. Dabei war ein bislang unbekannter kämpferischer Ton zu vernehmen. Schüler schrieben nun: »Der 17. Juni ist zum Feiertag der Satten geworden! Wir erklären ihn zum Feiertag der Hungernden, zum Feiertag der Dritten Welt.« Heinrich Kautzky, auf dessen Initiative dieses Flugblatt veröffentlicht wurde und der 1969 im Hamburger Schülerparlament den Ausschuss »Probleme der Dritten Welt« leitete, erläuterte im Rückblick: »Das Bestreben nach Wiedervereinigung als ein nationales Ziel, das interessierte uns nicht, und die ganze reaktionäre Propaganda, die damit verbunden war, bis hin zur Wiedergewinnung der Oder-Neiße-Grenze, also der ehemaligen deutschen Ostgebiete, hat uns natürlich in Opposition zum 17. Juni und zu den Wiedervereinigungszielen gebracht. Die deutsche Einheit hielten wir gegenüber anderen Zielen, Frieden, Probleme der Dritten Welt, eigentlich für unwichtig.«⁵² Schülerinnen und Schüler hatten es endgültig satt, sich »durch Elternhaus und Schule dressieren und abrichten zu lassen«.⁵³ Daher kam es nicht mehr in Frage, sich von Vertrauenslehrern oder Mitgliedern des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vorschreiben zu lassen, wie man sich politisch zu verhalten habe. Dass sie damit mitten im Mainstream lagen, hatten sich doch auch Politik und Gesellschaft längst vom deutschen Nationalfeiertag abgewandt, fiel den in der Schülerbewegung engagierten Jugendlichen nicht auf. Von

51 Dieses und nächstes Zitat in: *Der Glaskasten. Schülerzeitung des Gymnasiums Bondenwald* Nr. 42 (Mai/Juni 1969), S. 32.

52 Interview mit Heinrich Kautzky am 19.8.2005, Interviewerin Linde Apel, Transkript S. 14.

53 Götz Eisenberg/Wolf Thiel, *Fluchtversuche. Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der anti-autoritären Bewegung*, Gießen 1975, S. 155.

der Weltrevolution fasziniert, eroberten sie sich gewissermaßen täglich neue Inhalte und Orte. Der Tag der deutschen Einheit mit seinen problematischen Anklängen an großdeutsche Nationalgefühle war kein Thema mehr. Auch der sich im Verlauf der 1970er Jahre konsolidierenden Gegenschülerbewegung, die 1974 als an der Jungen Union orientierte Schüler-Union gegründet wurde, gelang es nicht, den 17. Juni erneut mit jener Mobilisierungskraft auszustatten, die der deutsche Nationalfeiertag in den 1950er und 1960er Jahren bundesweit und schulenübergreifend gehabt hatte.

Demonstrationen besuchen und organisieren Schülerinnen und Schüler jedoch bis heute. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren protestierten überwiegend Oberschüler gegen so unterschiedliche Themen wie Fahrpreiserhöhungen und den Vietnamkrieg, vor allem aber gegen Auflagen und Vorschläge der Schulbehörde.⁵⁴ Die 1980er Jahre brachten neue mobilisierende Themen hervor, die in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung mündeten, von denen sich junge Leute in besonderer Weise angesprochen fühlten. Die Demonstrationen der 1990er Jahre wandten sich gegen rassistische Anschläge und Morde. In den 2000er Jahren nahmen Schülerinnen und Schüler mit persönlichem Einsatz und großer Hingabe an Demonstrationen gegen den Irakkrieg teil. Die eben vergangene Dekade wurde zumindest in Hamburg von Demonstrationen gegen die kürzlich gescheiterte Schulreform und überregional – quasi als Dauerbrenner – gegen die Weiternutzung der Atomkraft begleitet.

Seit den späten 1960er Jahren beteiligen sich Schülerinnen und Schüler also in großer Zahl an zunehmend unter Event-Gesichtspunkten organisierten Demonstrationen und organisierten sie entweder selbst oder unterstützen sie mit fantasievollen Aktivitäten. Erlern hatten sie dies in einem heute fast vergessenen Kontext, dem Gedenken an die Freiheitsbestrebungen der Bewohnerinnen und Bewohner der DDR.

54 Vgl. dazu Detlef Michelers, *Draufhauen, draufhauen, nachsetzen! Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70*, Bremen 2002; Thorsten Gass-Bolm, *Revolution im Klassenzimmer. Die Schülerbewegung 1967-1970 und der Wandel der deutschen Schule*, in: Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006, S. 113-138; Apel, *Nachwuchs der Revolte*, S. 14-29.

19

Tage Hamburg

Ereignisse und
Entwicklungen
der Stadtgeschichte
seit den fünfziger
Jahren

HRSG. VON DER FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

DÖLLING UND GALITZ VERLAG

Redaktion: Christoph Strupp

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Impressum

© 2012 Dölling und Galitz Verlag GmbH München · Hamburg

E-Mail: dugverlag@mac.com

www.dugverlag.de

Schwanthalerstraße 79, 80336 München, Tel. 089/23 23 09 66

Friedensallee 26, 22765 Hamburg, Tel. 040/389 35 15

Umschlagabbildung: Die Einweihung der

Köhlbrandbrücke am 20. September 1974

(© Staatsarchiv Hamburg, Conti Press, 720-1 CP = 81080)

Gestaltung: Gesine Krüger, Hamburg

Satz: Frauke Moritz, Ahrensburg

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-86218-035-6

1. Auflage 2012